

Neue Verordnung Katzenproblem eindämmen

Der Tierschutzverein Rodenberg/Bad Nenndorf darf Hoffnung schöpfen im Hinblick auf die anhaltende Problematik mit streunenden und herrenlosen Katzen. Der Planungs- und Umweltausschuss der Samtgemeinde Nenndorf hat in seiner jüngsten Sitzung die Einführung einer neuen Katzenverordnung befürwortet. Sollte der Rat diese beschließen, würde die Regelung am 1. Januar 2015 in Kraft treten.



Samtgemeinde Nenndorf. Die Verordnung besagt im Wesentlichen, dass Katzenhalter, die ihr Tier frei laufen lassen, es vorher kastrieren lassen müssen. Ebenso verpflichtend ist eine Kennzeichnung und Registrierung – also das Chippen – der Vierbeiner.

Das Thema ist im Landkreis Schaumburg nicht nur für Nenndorf von Bedeutung. Auch andere Tierschutzvereine klagen seit Längerem über die Situation. Das Tierheim Bad Nenndorf muss sich aktuell um rund 40 Streuner kümmern (wir berichteten), dazu liegen dort noch 20 bis 30 Meldungen über weitere herrenlose Katzen im Umkreis vor. Mehrere Tierschützer im Landkreis fordern deshalb schon seit einer Weile eine Kastrationspflicht für freilaufende Katzen, um das Problem einzudämmen.

Lange hatte die Samtgemeinde einen Bogen um eine entsprechende Verordnung gemacht, schon weil die Einhaltung der Vorgaben für die Verwaltung kaum zu kontrollieren wäre. Auch habe die Kreisverwaltung als zuständige Behörde für das Veterinärwesen zu diesem Thema nie klar Stellung bezogen und die Problematik selten wahrgenommen, wie Ordnungsamtsleiter André Lutz in der Beschlussvorlage erklärte.

„Die tatsächlichen und nachweislichen Erfahrungen der Tierschutzvereine, so auch des Tierschutzvereins Rodenberg/Bad Nenndorf, offenbaren jedoch einen deutlichen Zuwachs an aufzunehmenden Katzen während der letzten Jahre“, so Lutz. Inzwischen halte die Verwaltung eine Kastrationsverordnung deshalb für angebracht. Diese soll den Tierschützern vor allem eine bessere Argumentationsgrundlage gegenüber betreffenden Katzenhaltern bieten. Außerdem würden die Vereine in Gemeinden mit entsprechender Verordnung vom Deutschen Tierschutzbund wie auch vom Landesverband Niedersachsen mit Zuschüssen in diesem Bereich unterstützt.

Für ebenso wichtig halten viele Tierschützer eine Chip-Pflicht für Katzen, damit Fundtiere ihrem Besitzer – so es denn einen gibt – leichter zugeordnet werden können.

„Sicher werden wir es nicht schaffen, alle Katzen chippen und kastrieren zu lassen“, gestand Werner Bövers (CDU) zu. Aber es sei wichtig, das Problem jetzt einmal anzupacken und damit ein wenig mehr Ruhe in die Sache zu bringen. Andere schlossen sich an. Die Entscheidung pro Verordnung fiel letztlich bei acht Ja-Stimmen und einer Enthaltung.kle